KBA 16609

Zum Kirchentonflikt in Deutschland.

Die Opposition in Bayern.

München, 15. Okt. (United Press.) Von 1400 evangelischen Pastoren in Bayern sollen sich nur zwanzig dem Reichsbischof Müller und dem Rechtswalt der Reichskirchenregierung Dr. Jäger unterstellt haben. Diese Zahlen wurden von einem Führer der kirchlichen Opposition der United Press mitgeteilt. Der Gewährsmann äußerte sich gegenüber dem Vertreter der U. P. folgendermaßen: „Wir können den Wunsch nach einer Reichskirche verstehen; wir würden diesen Wunsch sogar begrüßen, aber es muß eine Kirche und kein politisches Kampfinstrument sein. Der Herr der christlichen Kirche ist Christus und nicht Hitler. Die kirchliche Opposition wird“, so äußerte er sich weiter, „die Beschlüsse der Reichskirchenregierung als nicht vorhanden betrachten und ihren Befehlen nicht Folge leisten. Die Briefe der Reichskirchenregierung werden ungeöffnet zurückgehen. Wir wissen, daß man uns vieles antun kann, aber wir fürchten uns nicht. Wenn man versuchen sollte, die Bestrebungen der Reichskirchenregierung mit Gewalt durchzusetzen, dann wird es schließlich zwei evangelische Kirchen in Deutschland geben. Wir glauben nicht“, so schloß der Gewährsmann der United Press, „daß Rechtswalt Dr. Jäger seine Stellung noch lange wird halten können.“ Wie die United Press weiter erfährt, sind von der bairischen Kirchenopposition direkte Vorstellungen bei der Reichsregierung in Berlin erhoben worden.

München, 17. Okt. (United Press.) Reichsbischof Müller und der Rechtswalt der Reichskirchenregierung Dr. Jäger erklärten der United Press gegenüber, daß der abgesetzte bairische Landesbischof Meißner sich auch weiterhin aller seiner Freiheiten erfreuen werde, wenn er nicht gegen die Autorität der Kirche und des Staates agitiere. Die beiden Herren erklärten weiter, daß im Zusammenhang mit der Eingliederung der bairischen Landeskirche in die Reichskirche keine Gewalt angewendet und keine Verhaftungen vorgenommen würden; allerdings könnten unter Umständen Amiskenhebungen von Pastoren durchgeführt werden. Die vollständige Harmonie werde in wenigen Wochen in der Kirche wieder hergestellt sein.

Verbot des niederrheinischen Gemeinbetags.

Man schreibt uns aus Deutschland: Auf letzten Sonntag waren die niederrheinischen Bekenntnisgemeinden zu einem Gemeinbetag „Unter dem Wort“ nach Düsseldorf

eingeladen worden, wo in der geräumigen Maschinenhalle zu Derendorf Präses D. Koch, Landesbischof D. Wurm unter anderem über das Thema „Die Entscheidungsstunde der deutschen evangelischen Kirche“ sprechen sollten. Kurz vor Beginn der Versammlung, zu der etwa 42.000 Personen aus den verschiedensten Teilen der Rheinprovinz und Westfalens herbeigeekilt waren, teilte der Leiter mit, daß zwar der Düsseldorfer Polizeipräsident die Versammlung genehmigt, der Reichsbischof dagegen sie verboten habe. Der Aufforderung, die Halle ruhig zu verlassen, kamen alle nach, nachdem man zuvor gemeinschaftlich gebetet und das Lied „Ein feste Burg“ gesungen hatte. Als Ersatz für die verbotene Kundgebung hielten die genannten Redner Ansprachen in den evangelischen Kirchen Düsseldorfs, die auch bald wegen Ueberfüllung geschlossen werden mußten.

Gegen eine Einmischung in Oesterreich.

Z. N. Wien, 16. Okt. (Privattelegr.) Als unzulässige Einmischung empfindet die österreichische Regierung eine von der evangelischen Liga des Reichsbischofs Müller herausgegebene Flugchrift, worin die deutschen Protestanten aufgefordert werden, die österreichische „Los von Rom-Bewegung“ zu unterstützen. Nach einer Reihe maßloser Uebertreibungen fordert die Flugchrift zu Geldspenden auf, damit in Oesterreich protestantische Kirchen errichtet werden können. Dazu ist festzustellen, daß gerade die jüngsten Maßnahmen des Reichsbischofs gegen die süddeutsche Bekenntnisfront im österreichischen Protestantismus nicht die Sehnsucht gestärkt haben, unter seine Autorität zu kommen. Zugleich ist unbestreitbar, daß die betonte Hervorhebung des Katholizismus in der kleinen evangelischen Minderheit Oesterreichs nicht die angenehmsten Gefühle erwecken kann. In einem Rundbrief des Superintendenten Heinzelmann an die evangelischen Gemeinden wird gegen eine Rede des Bundeskommissars Adam polemisiert, in der dieser erklärt hat, ein katholischer Staatsfeind sei als Mitbürger viel weniger wertvoll als ein Vaterlandstreuer Protestant. Heinzelmann sagt, es wäre richtiger gewesen, auszusprechen, daß ein Vaterlandstreuer Protestant in den Augen der Regierung genau so viel gelte, wie ein Vaterlandstreuer Katholik. Der Protestantismus wolle im neuen Oesterreich seine Glaubens nicht weniger früh sein als im alten, in welchem ihm schon vor sechzig Jahren die volle bürgerliche Gleichberechtigung gewährleistet worden sei.

Dienstag, 16. Oktober 1934.

Erscheint wöchentlich siebenmal

Abonnementpreise

Für Basel
und die ganze Schweiz:
1 Monat . . . Fr. 3.—
3 Monate . . . 8.—
6 . . . 15.50
12 . . . 30.—

Bei Postabonnements
30 Cts. Zuschlag.

Unter persönlicher Adresse
Zuschlag.

Für das Ausland Post-
zuschlag; wo Postabonne-
ment möglich, entsprechend
billiger.

Basler

Redaktion:
Dufourstraße 40. ☎ Telephon 22.860

Finanz- und

(Intelligenzblatt)

Druck und Verlag: Buchdruckerei zum Basler Gerichtshaus N.-G. Telephon 24.159. — Annoncen

Die heutige Nummer enthält 2 Beilagen

Neuestes.

Zum französischen Justizminister an Stelle von Chéron wurde der auf dem rechten Flügel der Radikalen Partei stehende Senator Henry Lémery ernannt. — Auf Beschluß des französischen Ministerrats wird Raymond Poincaré ein Staatsbegräbnis erhalten.

Die Untersuchung des Mordattentats von Marfeille hat einen weiteren Fortschritt gemacht durch die in Melun gelungene Festnahme des im Walde von Fontainebleau verschwundenen Komplizen, des angeblichen Malin, der in Wirklichkeit der Kroatie Mio Kraj aus Koprivnica sein soll.

Einer Belgrader Meldung der United Press zufolge hat

Vorstellungen vonseiten Südslawiens das Treiben kroatischer Terroristen auf seinem Boden geduldet habe.

➔ In Fünfkirchen im südwestlichen Ungarn verweigern seit über drei Tagen gegen tausend Grubenarbeiter einige hundert Meter unter der Erde jede Nahrungsaufnahme und erklären sich zum Hungertod bereit, wenn die Direktion der Donauschiffahrts-Gesellschaft, der die Gruben gehören, die Ausrichtung einer Winterbeihilfe in der von ihnen verlangten Höhe nicht bewillige. Es besteht die Gefahr des Erfauens der Gruben und damit des Untergangs der unter Tage Streikenden. (S. auch unter „Letzte Nachrichten“.)

In Irland wird General O'Duffy eine neue Blauhemdenpartei mit rein faschistischem Charakter bilden.

Am 20. November wird in Genf eine außerordentlich Völkerbundsversammlung zusammenzutreten um einen Bericht des Schlichtungsausschusses für den Balkan vorzulegen.